

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

24 (26.3.1947)

Badische Landesbibliothek

800000 aus Rußland erwartet

BERLIN — Das Zentralsekretariat der SED in Berlin bestätigte, daß Marschall Sokolowski die Heimführung von 800 000 deutschen Kriegsgefangenen noch im Laufe dieses Jahres in Aussicht gestellt hat. In diesem Zusammenhang teilte Franz Dahlmann, ein Mitglied des Zentralkomitees der SED, auf einer Pressekonferenz in Mannheim mit, daß der sowjetische Kommandant von Berlin der SED diese Mitteilung gegeben habe. Ferner wurde erklärt, daß die sowjetische Militäradministration die hierfür in Betracht kommenden deutschen Dienststellen beauftragt hat, Vorbereitungen zur Aufnahme größerer Kriegsgefangenen-Transporte aus Sowjetrußland zu treffen. Auch hier wurde von 800 000 Mann gesprochen.

Kinderschicksal

MÜNCHEN — Schulkameraden haben den erst zehnjährigen Michael Frank — so erklärte seine Mutter — so sehr als den Sohn des hingerichteten nationalsozialistischen Führers Hans Frank verhöhnt, daß er seine Ruhe in der Flucht nach Amerika suchen wollte. Mit einem 13jährigen Freund lief er von zuhause fort und wurde in Hamburg von der Polizei aufgegriffen. Der Zehnjährige erläuterte seine Absicht, zusammen mit seinem Freund von Hamburg aus nach den Vereinigten Staaten zu gelangen. Der Junge wurde wieder zu seiner Mutter gebracht.

Delegation des Obersten Sowjets in England

LONDON — Eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR, die aus 20 Mitgliedern besteht und den von englischen Parlamentariern im Jahre 1945 in der UdSSR gemachten Besuch erwidert, ist in London angekommen. Es wurden Maßnahmen getroffen, um den Russen das parlamentarische Leben Englands in seinen Einzelheiten zugänglich zu machen. Man beabsichtigt sogar, während ihres Aufenthaltes in Westminster ein System einzurichten, das dem in Nürnberg angewendeten gleicht, und ihnen die Möglichkeit gibt, die Debatten des englischen Parlaments in russischer Übersetzung zu verfolgen.

Konferenz für deutsche Auswanderung

MOSKAU — Die französische Delegation wird der Moskauer Konferenz vorschlagen, vor dem 1. Juli 1947 nach Paris eine Konferenz der vier Großmächte einzuberufen, um die Auswanderung des deutschen Bevölkerungsüberschusses zu regeln. Die anderen, an dieser Frage interessierten Staaten sollen gegebenenfalls eingeladen werden.

200000 italienische Arbeiter nach Frankreich

ROM — In Rom wurde vom französischen Arbeitsminister Ambrose Croizat das französisch-italienische Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in Frankreich unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht für das Jahr 1947 die Einreise von 200 000 italienischen Arbeitern nach Frankreich vor. Man erwartet, daß die Einreise der italienischen Arbeiter nach Frankreich in einem beschleunigten Tempo erfolgen wird. Die italienischen Arbeiter in Frankreich können bis zu 40 Prozent ihres Lohnes nach Italien überweisen, solange sich ihre Familie dort befindet, und 20 Prozent, wenn sie sich in Frankreich aufhält. Sie erhalten die vorgesehenen Familienunterstützungen. Außerdem ist die Einreise gemischter Kommissionen vorgesehen, die den beiden Regierungen über die Durchführung des Abkommens laufend berichten werden.

Konflikt in der Nürnberger Spruchkammer

NÜRNBERG — Wegen Meinungsverschiedenheit mit dem bayerischen Minister für Sonderaufgaben, Spruchkammer, Camille Sachs, zurückgetreten. Nach der Ansicht von Loritz seien die Richter im Urteil gegen Franz von Papen, der zu 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, zu nachsichtig gewesen. Loritz hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Abtransport Kriegsgefangener verlangt

KAIRO — 87 000 deutsche Kriegsgefangene leben in Ägypten. Sie arbeiten für die britische Armee in der Suez-Kanal-Zone. Die ägyptische Zeitung „Al Ahram“ verlangt, daß diese Gefangenen nach anderen Ländern abtransportiert werden sollen. Das Blatt schreibt: „Ägypten hat keinerlei Vorteil von ihnen“.

1 Million Kriegsgefangenenbriefe im Keller

BERLIN — In den Kellerräumen des Berliner Postamtes NW 7 entdeckte ein Zeitungsberichterstatter, in Säcke verpackt, über eine Million Kriegsgefangenenbriefe aus der Sowjetunion. Seinem empörten Erstaunen ward die Antwort zuteil, man sei mit der Arbeit in Rückstand gekommen, da täglich 60 bis 80 000 Briefe aus der Sowjetunion einliefen. Es wurden Sofortmaßnahmen zur Weiterleitung der Kriegsgefangenenbriefe getroffen.

Steigende Selbstmordziffer in Berlin

BERLIN — 333 Berliner haben in den Monaten Januar und Februar Selbstmord verübt. Nach einer Untersuchung des Berliner Polizeipräsidiums machten von ihnen 111 Männer und 75 Frauen aus Nahrungsmittelnot ihrem Leben vorzeitig ein Ende. Unheilbare Krankheit war für 80 Personen der Anlaß, während 14 Frauen und 5 Männer aus Liebeskummer Hand an sich legten.

Maginotlinie im Pazifik steht

Militärischer Beistandspakt USA—Philippinen abgeschlossen

WASHINGTON — Zwischen den Philippinen und den US-Staaten ist ein militärischer Beistandspakt abgeschlossen worden. Der Pakt bildet die Folge eines Abkommens, nach dessen Bestimmungen die philippinische Regierung den Vereinigten Staaten das Recht eingeräumt hat, ihre militärischen Stützpunkte für die Dauer von 99 Jahren auf den Inseln zu belassen. Diese insgesamt fünf Stützpunkte, von denen drei der Luftwaffe und zwei der Marine angehören, sind mit den modernsten und mächtigsten Mitteln ausgerüstet. Die Amerikaner möchten es nicht erleben, daß sich in Zukunft die Katastrophen, die den Anfang des Krieges mit Japan kennzeichneten, wiederholen.

Der Beistandspakt mit den Philippinen, denen die Vereinigten Staaten im Juli 1945 die volle Unabhängigkeit gewährte — die Bewilligung der Stützpunkte bildete ihre Voraussetzung — stellt die unerlässliche Ergänzung der mächtigen Organisation dar, die die Amerikaner, zur See und in der Luft, im Pazifik aufbauen: Im Norden Alaska, das durch die Perlenkette der Aleuten verlängert ist, in der Mitte Hawaii, die Festung, die sich trotz des verärgerten Angriffs der Japaner als uneinnehmbar erwies, weiter im Süden dann die Archipele der

BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1.20 RM, durch die Post 1.44 RM, durch Streifband 2 RM
Geschäftsstelle Büh/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 732

Anschrift: Baden-Baden, Stetannenstraße 3 — Fernruf Verlag 15 56, Schriftleitung 21 20. Postcheck Karlsruhe 14 137
Geschäftsstelle Achern/Bd.: Hauptstraße 112

Nr. 24 / 3. JAHRGANG St BADEN-BADEN, MITTWOCH, DEN 26. MAERZ 1947 PREIS 15 PFENNIG

Deutschlands Einheit

Drei neue Memoranden auf dem Konferenztisch in Moskau

MOSKAU — Frankreich war bis jetzt die einzige der in Moskau vertretenen vier Großmächte, die durch amtliche Schriftstücke (die Memoranden vom 17. Januar) ihre Auffassung über die zukünftige politische Organisation Deutschlands dargelegt hatte. Nunmehr kennt man auch die in konkreten Vorschlägen formulierten Ansichten der anderen drei Mächte. Die französischen Memoranden unterscheiden zwischen der vorläufigen politischen Neuordnung im besetzten Deutschland und seinem zukünftigen verfassungsmäßig verankerten, endgültigen Regime. Auf Bevins und Marshalls Fragen hat aber Bidault jetzt zugegeben, daß es unmöglich ist, ein vorläufiges Statut festzulegen, ohne dadurch dem endgültigen Statut vorzugreifen. Er forderte lediglich, daß man eine deutsche Zentralregierung nur mit der größten Vorsicht und Schritt für Schritt schaffen sollte. Die Debatten haben schließlich noch den Eindruck vermittelt, daß die vor-

sichtige Zurückhaltung Frankreichs der Einstellung seiner Alliierten verwandt ist. Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bleiben zwar beträchtlich — vom Unitarismus der sowjetischen These zum totalen Föderalismus der französischen These, zwischen denen der mehr oder weniger deformierte Föderalismus der amerikanischen und britischen These steht — diese Meinungsverschiedenheiten erscheinen aber weniger tiefgreifend, als man vor der Darlegung der Einzelheiten ihrer Pläne durch die anderen drei Großen annahm.

Jeder der Vier hat sich sichtbar angestrengt, die Distanz, die seine Auffassung von denen der drei anderen trennt, zu verringern. Frankreich hat sich seinerseits bemüht, den Wunsch seiner Alliierten, die deutsche Wirtschaftseinheit zu verwirklichen und ihm eines Tages eine Regierung zu geben, zu erfüllen.

Erst „Lehrzeit der Demokratie“ für Deutschland

Die Auffassung Rußlands über die Neuordnung Deutschlands wurde von Molotow dargelegt. Sie begann mit einer Kritik an allen Bestrebungen, deren Ziel die Vernichtung der deutschen Unabhängigkeit ist. Molotow verurteilte zugleich jeden Gedanken an eine Zerstückelung, Föderalisierung und Abtrennung Westdeutschlands. „Wenn man die Einheit des deutschen Volkes auf politischem Gebiet verhindert, überantwortet man seinen Zusammenschluß aufs neue den Militaristen, man leistet dem unvermeidlichen Wiederauftauchen eines neuen Bismarck oder eines neuen Hitler Vorschub.“

Unsere Aktion muß von unten nach oben aufgebaut und schrittweise entwickelt werden. Deutschland muß eine Lehrzeit der Demokratie und ihrer Methoden durchmachen. Anfangs kann das nur in örtlichem Rahmen geschehen. Die erste Etappe ist noch nicht abgeschlossen. Die Aufgabe der Besatzungsmächte hat jetzt darin zu bestehen, die Arbeiten dieser ersten Etappe zu konsolidieren. Man muß in definitiver Form die Länder auf demokratischer Grundlage organisieren. Dann gilt es, ihnen die denkbar größten Vollmachten, sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu überlassen.

Wenn ein Übereinkommen hinsichtlich der tatsächlichen wirtschaftlichen Einheit erreicht sein wird, so ist die französische Delegation bereit, unmittelbar an die nächste Etappe heranzugehen, die in der Bildung einer Anzahl von Zentralverwaltungen besteht, die berufen sein werden, die wirtschaftlichen Dienstzweige zu verwalten, die in dem augenblicklichen Amtsbereich des Kontrollrates mit Ausnahme des Saargebietes eingerichtet werden müssen.

Deutsche Stahlproduktion: 10 Millionen Tonnen?

Bevin übergab den Delegationen einen Bericht, in dem die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland sowie die Frage der Reparationen und des industriellen Niveaus behandelt werden. Danach soll Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit gelten. Die Besatzungsmächte sollen die bereits entstandenen, die gegenwärtigen und die zukünftigen Besatzungskosten gerecht untereinander aufteilen. Diese Ausgaben müssen in erster Linie durch die deutsche Produktion gedeckt werden. Der Plan muß auch die Schaffung von zentralen Verwaltungsbehörden für die wirtschaftlichen Fragen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit in ganz Deutschland, die Aufhebung der interzonalen Zollschranken, die gemeinsame Ausbeutung der verschiedenen örtlichen Hilfsquellen in Deutschland und ihre Verwendung und Verteilung nach einem gemeinsamen Plan vorsehen. Es soll ein Ausfuhr- und Einfuhr-Plan aufgestellt werden. Jedes ausländische Eigentum in Deutschland wird nach den

deutschen Gesetzen zu verwalten sein und die Maßnahmen zur Auflösung der Kartelle, Truste und der anderen Organisationen monopolartigen Charakters müssen beschleunigt werden.

Bevin schlug noch vor, daß der Kontrollrat eine neue Schätzung der Betriebe und der industriellen Ausrüstung spätestens bis zum 1. Juli 1947 vornehmen soll, die aufgrund eines revidierten Niveaus der deutschen Produktion abgeliefert werden können. Diese Ablieferung soll beschleunigt durchgeführt werden, und die endgültige Liste der für Ablieferungszwecke vorgesehenen Unternehmen und Industriearüstung soll vom Kontrollrat spätestens am 15. August 1947 veröffentlicht werden.

Deutschland soll später jährlich 10 Millionen Tonnen Rohstahl und die gleiche Menge Fertigstahl erzeugen dürfen. Die Produktionsgrenzen der anderen Industrien, die Beschränkungen unterworfen sind, sollen ebenfalls heraufgesetzt werden.

Deutscher Nationalrat als provisorische Regierung

Die Schaffung eines deutschen Nationalrates als provisorische Regierung und die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung zur Vorbereitung einer demokratischen Verfassung auf Grund allgemeiner Wahlen, werden in dem amerikanischen Plan über die Form und den Umfang des provisorischen und politischen Aufbaues Deutschlands vorgeschlagen, dem Außenminister Marshall der Moskauer Außenministerkonferenz vorlegte. Des weiteren wird in dem Plan vorgeschlagen, daß sich der alliierte Kontrollrat für Deutschland einer direkten Durchführung oder ins einzelne gehender Aufsicht provisorischer Regierungstätigkeiten enthalten solle.

den abgehalten werden, auszuüben. 3. Wahlen werden unter Verhältnissen durchgeführt, unter denen die politischen Parteien in freiem Wettbewerb ihre Programme und ihre Kandidaten den Wählern in bestimmten Zwischenräumen bekanntgeben. 4. Politische Parteien sind freiwillige Vereinigungen der Bürger, und keine politische Partei genießt einen privilegierten Status. 5. Die Grundrechte des Individuums einschließlich der Redefreiheit, der Religionsfreiheit, der Versammlung und Koalitionsfreiheit, und andere Grundrechte der Menschen werden anerkannt und garantiert. 6. Einzelpersonen sind geschützt vor willkürlicher Verhaftung, Durchsuchung und Beschlagnahme, ihre Gleichheit vor dem Gesetz wird garantiert.

Nil ohne Engländer

KAIRO — Der Rat der Arabischen Liga beschloß, die ägyptischen Forderungen nach einem sofortigen Abzug sämtlicher britischer Streitkräfte aus dem Niltal zu unterstützen.

Die erste Vollversammlung der Liga fand bereits statt und hat folgendes Kommuniqué veröffentlicht: Die arabischen Staaten betonen, daß sie den nationalen Forderungen Ägyptens ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen. Anlässlich ihrer Tagung vom 28. und 29. Mai 1946 in Inchaß bestätigten sie diesen Entschluß mit derselben Bestimmtheit, wie im Verlauf der außerordentlichen Sitzung des Rates der Liga, die vom 8. bis 12. Juni 1946 in Bludane abgehalten wurde, zu einem Zeitpunkt, da die Verhandlungen zwischen Ägypten und Großbritannien zu keiner Einigung führten, und die ägyptische Regierung ihre Absicht bekanntgab, sich an die UNO zu wenden.

Der Rat der Arabischen Liga nimmt anlässlich seiner gegenwärtigen Tagung die Gelegenheit wahr, um, wie schon so oft, die vollste Unterstützung der arabischen Staaten gegenüber den nationalen ägyptischen Forderungen in Aussicht zu stellen: sofortige und völlige Räumung des Niltales und ständige Vereinigung Ägyptens und des Sudans unter der ägyptischen Krone.

„Schwarze“ Prinzessinnen

UELZEN — Beamte der amerikanischen Militärregierung deckten einen Schwarzmarkt auf, dem die Hohenzollernprinzessinnen Agathe, Elisabeth und Luise Henriette angehören. Die Prinzessinnen haben Juwelen im Wert von etwa RM 50 000 gegen Lebensmittel aus UNRRA-Beständen eingetauscht. Ihr Verbindungsmann und gleichzeitiger Anführer des Ringes ist der frühere SA-Führer Kogler, der von holländischen Behörden als Kriegsverbrecher gesucht wird. (p.)

General Koenig protestiert

BADEN-BADEN — Wie bereits kurz berichtet (Badener Tagblatt vom 19. März) hat in Berlin eine interzonale Tagung der CDU und der CSU stattgefunden. Dabei unterbreitete der zweite Parteivorsitzende, Ernst Lemmer, den Antrag auf Schaffung einer „nationalen Repräsentation des deutschen Volkes“. Ihre Aufgabe sei es, Wahlvorbereitungen zu einer „Deutschen Nationalversammlung“ als die vorläufige Vertretung deutscher Interessen nach außen hin zu treffen. Es wurde der Beschluß gefaßt, die SPD, die LDP und die Arbeitsgemeinschaft der SED und KPD dazu einzuladen, gemeinsam mit der zwischen der CDU und CSU gebildeten Arbeitsgemeinschaft die angestrebte nationale Repräsentation des deutschen Volkes zu verwirklichen.

Die SED und die LDP haben offiziell erklärt lassen, daß sie die Einladung annehmen. Der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, nahm zu der Einladung auf einer am 18. März in der „Neuen Welt“ in Berlin stattgefundenen Funktionärskonferenz Stellung. Darnach ist die SPD nur dann bereit, an der angestrebten Vier-Parteien-Konferenz teilzunehmen, wenn die SPD rechtswirksam in der Ostzone zugelassen sei. Als eine weitere Bedingung stellte er die Forderung, daß die SED zusammen mit der SPD Schritte zu einer Revision der Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnische Grenze unternähme. Grundsätzlich stimmte Dr. Schumacher dem Plan zur Schaffung einer nationalen Repräsentation des deutschen Volkes zu.

In diesem Stadium der zwischenparteilichen Fühlungnahme verbreitet die Südwestdeutsche Nachrichtenagentur (Südna) in Baden-Baden folgende Meldung aus Berlin:

„General Joseph Pierre Koenig, der französische Militärgouverneur für Deutschland, erhob beim Alliierten Kontrollrat Einspruch gegen den Vorschlag der CDU, die deutschen politischen Parteien zu Besprechungen über eine deutsche Zentralregierung einzuberufen, und bezeichnete dieses Vorhaben während der Moskauer Konferenz als „unpassend“. General Koenig erklärte, die Zusammenarbeit der Parteien auf nationaler Basis für ungesetzlich und vertrat die Meinung, daß die Tätigkeit der Parteien auf ihre lokalen Grenzen beschränkt bleiben müsse. Der britische Vertreter, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, und der amerikanische Vertreter, General Frank Keating, stimmten der Ansicht General Koenigs nicht zu. Sir Douglas vertrat die Ansicht, daß der Vorschlag der CDU weder illegal noch unpassend oder unzeitgemäß sei. Der sowjetische Vertreter, Generalmajor Dratwin, schloß sich der Ansicht General Koenigs an.“

Damit kommt den Plänen der Berliner CDU-Tagung im Blickwinkel aus der französischen Zone eine besondere Bedeutung zu, deren Auswirkungen allerdings gegenwärtig noch nicht beurteilt werden können.

Den von der CDU und CSU ausgehenden Einladungen zufolge hat am 19. März in Berlin eine Besprechung zwischen den Unionsvertretern Kaiser, Lemmer und Josef Müller einerseits und den SPD-Vertretern Dr. Schumacher, Ollenhauer und Brost andererseits stattgefunden, über die eine Verlautbarung ausgegeben worden ist. In ihr ist u. a. zu lesen: „Die Vertreter der SPD erklärten zu der Initiative, daß die SPD auf dem Boden der Rede Dr. Kurt Schumachers vom 18. März in der „Neuen Welt“ in Berlin steht. Die Sprecher der Union erklärten, durch Fühlungnahme mit den anderen Parteien sich um die Schaffung der für erfolgreiche Verhandlungen notwendigen Atmosphäre weiter bemühen zu wollen.“

Bemerkenswert ist es, daß im Zusammenhang mit den Berliner Besprechungen der Name Dr. Adenauers nicht genannt wurde. Es heißt, daß er durch Krankheit an der Teilnahme verhindert war, so daß von den beiden Vertretern der CDU in der britischen Zone — der Vorstand der CDU-CSU-Arbeitsgemeinschaft besteht aus je zwei Zonenvertretern und einem Vertreter von Berlin — nur einer anwesend war. Auch der eine Vertreter aus der französischen Zone (linksrheinisches Gebiet) fehlte, u. zw. ohne Angabe der Gründe. Hingegen waren der rechte und der linke Flügel der Union in Bayern mit insgesamt fünf Vertretern anwesend.

Es ist nicht das erste Mal, daß die CDU die Initiative zur Auffindung einer Plattform ergriffen hat, auf der die führenden Parteien gemeinsam die Lebensinteressen ihrer Wählerschaft zum Ausdruck bringen können. Nachdem schon im Vorjahre begonnene Versuche fehlgeschlagen waren, ließ der zweite Unionsvorsitzende Jakob Kaiser in einer Erklärung anlässlich der Leipziger Messe die Absichten der CDU erkennen.

Ähnliche Bestrebungen sind auch in der Ostzone feststellbar. Dort hatte der Liberaldemokrat Dr. Schiffer die Vertreter der vier großen Parteien, also auch die der de facto, jedoch nicht de jure bestehenden SPD, zu einer Besprechung eingeladen, aus der ein „Einheitsausschuß der Ostzonen-Parteien“ hervorgehen sollte. Weil man Dr. Schiffer jedoch persönliche Ziele unterstellte, verlief die Besprechung ergebnislos.

Da die vier großen Parteien dem Plan zur Schaffung einer „nationalen Repräsentation des deutschen Volkes“ sich grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber gestellt haben, so kommt der Unions-Arbeitsgemeinschaft nunmehr die Aufgabe zu, die Fühlung mit den anderen deutschen Parteien aufzunehmen, um ihre Mitwirkung zu gewinnen.

Norbert Tessner

Schweizerische Verluste im Krieg

BERN — In einer Botschaft an das Schweizer Parlament veröffentlichte der Bundesrat folgende Ziffern für die der Schweiz entstandenen Verluste im Kriege:

Zerstörungen durch Kriegshandlungen eine Milliarde 72 Millionen, Schweizer Franken. Plünderungen und ungesetzliche Wegnahme Schweizer Eigentums 166 Millionen Schweizer Franken.

Requisitionen 185 Millionen Schweizer Franken. Das ergibt eine Summe von einer Milliarde 423 Millionen Schweizer Franken.

Rußlands Schatten im Mittelmeer-Raum

Die USA-Politik in Griechenland und in der Türkei

WASHINGTON — Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Kongressmitgliedern verschiedene Dokumente und Berichte ausgehändigt, in denen ihre Stellungnahme gegenüber den griechischen und türkischen Problemen erläutert wird. Die Einstellung der amerikanischen Regierung zu den Problemen des Mittelmeer-Raumes kommt in folgenden Grundsätzen klar zum Ausdruck: Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Griechenlands für die Sicherheit und Unabhängigkeit des gesamten vorderen Orients von lebenswichtiger Bedeutung ist, und daß eine fundamentale Beziehung zwischen der Frage der griechischen Grenze und dem Problem der Sicherheit der Vereinigten Staaten besteht.

In den Berichten wird andererseits die Tätigkeit der kommunistischen Truppen in Griechenland hervorgehoben, die augenscheinlich von außen her befehligt werden, um das demokratische Regime Griechenlands zu desorganisieren. Griechenland möchte jedoch zur UdSSR wieder freundschaftliche Beziehungen aufnehmen. Seine Haltung gegenüber diesem Land ist aber aufgrund des beherrschenden sowjetischen Einflusses in den Nachbarländern Griechenlands, aufgrund der Grenzzwischenfälle und der Angriffe der sowjetische Presse und Rundfunk gegen es gerichtet haben, ziemlich skeptisch und voller Befürchtungen.

Bezüglich der Türkei und der ihr zu leistenden Hilfe heißt es, daß die Hauptprobleme, denen dieses Land entgegenzutreten hat, von der äußerst schwierigen Lage, in der es sich gegenüber der UdSSR

befindet, herrühren. Es wird besonders betont, daß das türkische Volk, wenn es sich auch in seiner Gesamtheit über die von seiner Regierung eingeschlagene Außenpolitik einig ist, über die Innenpolitik geteilte Ansichten hat. Obwohl die wirtschaftliche Lage der Türkei nicht katastrophal erscheint, habe dieses Land trotzdem eine sofortige finanzielle Hilfe nötig, so heißt es in den Schriftstücken, in denen im übrigen nicht verheimlicht wird, daß der Unterhalt einer großen Armee dieses Land zu ruinieren droht. Gegenüber der UdSSR ist die Einstellung der Türkei durch zwei Tatsachen beherrschend:

1. Die sowjetischen Forderungen bezüglich der Meer-Engen.

2. Die russischen Ansprüche auf die Gebiete von Kars und Aradnan, zu denen noch die Forderungen der Sowjet-Republiken Georgiens und Armeniens kommen. Die Berichte weisen bei diesem Punkt darauf hin, daß die Türkei sich in formeller Form jeder Revision der vorhandenen Abkommen widersetzt, die eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität über die Meerengen zur Folge haben könnte, während die Sowjets immer noch entschlossen zu sein scheinen, sich an der Verteidigung und Überwachung dieses Sektors zu beteiligen. Was den zweiten Punkt, die sowjetischen Ansprüche auf Kars und Aradnan betrifft, so heben die Dokumente hervor, daß in historischer, legaler und ethischer Hinsicht diese Ansprüche nicht zu rechtfertigen sind. Das gleiche gelte für die Forderungen seitens Georgiens und Armeniens.

Staatsbankrott wäre unsozial!

Finanzminister a. D. Dr. Mattes über ein deutsches Finanzprogramm

w. MANNHEIM — In der „Statistischen Rundschau“ von Mannheim schätzt Finanzminister a. D. Dr. Mattes das reale Volkseinkommen auf etwa 200 Milliarden RM, dem eine um ein Vielfaches höhere Verschuldung gegenüber steht. Die Reichsschuld dürfte bei Kriegsende etwa 400 Milliarden RM betragen haben, die Kriegsschadensforderungen seien mit etwa 200 Milliarden anzunehmen. Auch der überflüssige Teil des Notenumlaufs sei zum großen Teil eine Reichsschuld. Nach diesen Schätzungen bestünde eine Reichverschuldung von etwa 600 bis 700 Milliarden, also ein Vielfaches des realen Volkseinkommens.

Dieser Zustand führe zu einer Selbsttäuschung des Staatsbürgers über seine wirtschaftliche Lage. Während das deutsche Volk umgehener durch den Krieg verarmt ist, sind die meisten einzelnen Deutschen scheinbar reicher geworden. Da nun auf der Grundlage des gegenwärtigen Steuersystems nicht einmal die bescheidenste Verzinsung der Reichsschuld durchzuführen sei, vertreten viele die Ansicht, daß die Streichung aller Reichsschulden und sonstiger Reichsverpflichtungen unvermeidlich sei. Das aber würde den Staatsbankrott bedeuten. Die Folge wäre, daß beinahe alle deutschen Kreditinstitute, von den Hypothekendarlehen abgesehen, zusammenbrechen würden. Die große Masse der Sparer würde beinahe sämtliche Ersparnisse verlieren, zum

zweiten Mal innerhalb einer Generation. Da nun der Wiederaufbau in erster Linie eine Staatsaufgabe ist, werden für seine Durchführung nur inländische Mittel zur Verfügung stehen. Durch einen deutschen Staatsbankrott würden aber die noch nicht bezahlten Kriegsschadensverpflichtungen nicht unbedingt ausgenommen werden, sie müßten unter Umständen bezahlt werden. Es würde sich aus den Kreisen der kleinen Sparer und den Inhabern von Lebensversicherungen sich eine neue Kategorie Fürsorgebedürftiger bilden.

Letzten Endes müsse der Staatsbankrott als Mittel zur Staatsanierung auch deshalb abgelehnt werden, weil er zu einer ungerechten und unsozialen Verteilung der Kriegslasten führen würde. Wer seine Ersparnisse nicht in Sachwerten anlegte und diese während des Kriegs erhalten konnte, würde sein Vermögen vielfach restlos verlieren, während die Sachwertbesitzer es behalten würden. Das würde aber gerade wieder die ärmsten Schichten treffen und jede Sparsamkeit würde durch den Staatsbankrott ihren Sinn verlieren.

Zusammenfassend müßte festgestellt werden, daß die Möglichkeit zur Entschuldung des deutschen Staats durch einen Staatsbankrott viel begrenzter sei, als vielfach angenommen würde. Er könne durch finanzwirtschaftliche Maßnahmen durchaus abgewendet werden.

Nur 3,5 Mill. t Rohstahl 1947?

bs. DUISBURG — Im vergangenen Jahr war die Rohstahlerzeugung der britischen Zone nur 2,32 Mill. t. Die gegenwärtige Kapazität der westdeutschen Hüttenwerke wird auf etwa 10,5 Mill. t anzunehmen sein, so daß sie 1946 also nur zu 22 vH ausgenutzt wurde. Auch für 1947, das mit einer außerordentlich geringen Monaterzeugung von 149 000 t (gegen ein Soll von 237 400 t) im Januar begann, die sich im Februar nur geringfügig verbesserte, ist kaum mit einer höheren Erzeugung als 3,5 Mill. t Rohstahl nach sachverständiger Schätzung zu rechnen. Selbst dieses bescheidene Produktionsziel hängt noch sehr von der Roh- und Hilfsstoffversorgung ab. Sehr störend ist auch der Umstand, daß nicht fest disponiert werden kann. So sollte die eisenschaffende Industrie im März 400 000 t Kohlen erhalten, doch konnte zunächst wegen Frost und Transportschwierigkeiten fast keine Kohle geliefert werden. Auch das Arbeiterproblem gewinnt immer mehr an Bedeutung. Schon für eine Erzeugung von etwa 4 Mill. t Rohstahl müßten fast 50 000 neue Arbeitskräfte eingestellt werden. In Wirklichkeit aber ist eine Abwanderung und ein starker Rückgang der Einstellungsgesuche zu verzeichnen, weil das neue Punktsystem für den Bergbau eine große Anziehungskraft ausübt. Hemmende Momente gehen auch von der fortwährenden Ungewißheit aus, welche Werke nun endgültig weiter produzieren können oder auf die Reparationsliste gesetzt werden. Jedenfalls ist die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie noch weit vom Punkt entfernt, wo ihr selbst die bescheidenen Planzielfern des Potsdamer Abkommens Gedanken machen müßten.

Industrie-Berichte aus Südbaden

Eigene Berichte des „BT“

Eisenwerke Gaggenau GmbH.
Das Unternehmen, mit 300 Jahren eines der ältesten Industriebetriebe Badens, macht gegenwärtig Kohlenherde für französischen und deutschen Bedarf, sowie für die Ausfuhr. Das Emallierwerk ist wegen Strommangel noch nicht in Betrieb. Die Gießerei versorgt auch andere Betriebe mit Gußteilen.

Stierlen-Werke AG. Rastatt
Das Werk erzeugt mit 35 vH seiner Kapazität wieder Operations-Tische, Untersuchungstühle für Krankenhäuser, Sanatorien und Ärzte, außerdem elektro-vollautomatische Kühlanlagen, Geschirrspülmaschinen und Tafelreinigungswagen für Lebensmittelhandel und Nahrungsgewerbe. 70 vH der Erzeugung sind für die deutsche Bevölkerung. Die Firma hofft, bald wieder ausführen zu können.

UHU-Werk H. & M. Fischer GmbH, Bühl
Mit 1000 Arbeitskräften werden Alleskleber, Füllhalterte, technische Bindemittel für die Industrie hergestellt, davon zwei Drittel für die deutsche Bevölkerung. Die große Nachfrage im Ausland kann aus Mangel an friedensmäßigen Rohstoffen und Verpackungsmaterialien noch nicht beliefert werden. Wegen Stilllegens der Rohstoff-Lieferwerke ist die Produktionslage kritisch.

führungen, sondern auch aufschlußreiche Mitteilungen über Beethovens Privatleben.
Zmeskall erwies dem Meister unzählige persönliche Dienste und Gefälligkeiten. Er engagierte Dienstpersonal, verhandelte mit Verlegern, Klavierbauern, Geschäftsführern und Hausfrauen. Er besorgte Botengänge, schenkte Günstlingen, ließ Bücher, bestellte den Perückenmacher, kaufte Spiegel und Notenpapier. Er leistete bei den Mahlzeiten im Gasthaus „Zum Schwan“ Gesellschaft, wechselte ausländisches Geld, befürwortete Briefe, vermittelte die Behandlung des Ohrenleidens durch den Pater Weiß, empfahl Weine oder sprang bei Aufführungen Beethovenischer Werke ein, wenn ein Spieler plötzlich abgesetzt hatte.

Wie „ganz teuflisch gewogen“ Beethoven diesem hilfsbereiten Freunde gewesen ist, zeigen auch die vielen scherzhaften Titel, mit denen Zmeskall zum Zeichen höchster Zuneigung angeredet wurde. Der „verfluchte geladene Domanowetz, nicht Musikgraf, sondern Freigraf“ avancierte zum „Kommandanten morscher Festungen“, zur „Frau von Senesgale“, zum „Pascha“ oder „Baron Drecksfährer“, für den Beethoven einmal in bester Stimmung den „Cello-Orden“ stiftete. Bis in Beethovens letzte Lebensstage sind Beweise für die aufrichtige Freundschaft vorhanden, die auf beiden Seiten unerschütterlich war. Mit einem Dankschreiben verabschiedete sich Beethoven auf dem Sterbepfad von dem anhänglichen Hofsekretär, der sich sogar vom Krankenbett in einer Sänfte zu jenem denkwürdigen Galakonzert hatte tragen lassen, in dem die IX. Sinfonie, die Ouvertüre „Weihnachten des Hauses“ und Bruchstücke der „Missa solennis“ aufgeführt wurden.

Beethoven-Festkonzert unter Lessing

war ein neuer Beweis für die außergewöhnliche Fähigkeit des Künstlers, Werke silberrecht zu erschaffen und objektiv wiederzugeben. Ohne falsches Pathos, heroische Pose, monumentale Geste und zärtliche Empfindungen wurde hier der Klavierpart ein Klang gewordenes Notendbild. Giesekings bewundernswerte Musikalität und unübertreffliche Genauigkeit rissen das Publikum zu Ovationen hin, die alles bisher Gewohnte übertrafen.

Das Klavierkonzert stand im Mittelpunkt der Beethoven-Fest, die das Große Orchester des Südwestfunks unter GMD. Gotthold Ephraim Lessing zum 120. Todestag des Komponisten veranstaltete. Das Programm begann mit der Großen Fuge B-dur op. 133, deren kontrapunktische Konstruktion in Lessings Wiedergabe überaus verständlich wurde. Nach der Pause hatten Orchester und Dirigent einen großen Erfolg mit der VII. Sinfonie.

Drei Milliarden Aktienkapital unter Kontrolle

Der deutsche Großindustrielle Flick wegen Kriegsverbrechen angeklagt

NÜRNBERG — Gegen einen der mächtigsten Großindustriellen des Dritten Reiches, Friedrich Flick, und dessen engste Mitarbeiter Steinbrink Kaletsch, Weiß und Begler verlas der amerikanische Anklagevertreter die Anklage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Flick, der in dem nach ihm benannten Flick-Konzern die vollständige Kontrolle ausübte, war von überragendem Einfluß auf fast die gesamte deutsche Eisen-, Stahl- und Rüstungsindustrie. Ein kleiner Alteisenhändler noch im ersten Weltkrieg, verstand er es, die Zeit zu seinem Vorteil auszunutzen und sich zunächst in der mitteldeutschen Schwerindustrie festzusetzen. Von dort aus drang er ins rheinisch-westfälische Industriegebiet vor, verschaffte sich durch umfangreiche Aktienaufkäufe Eingang in den Aufsichtsrat des Stahltrusts und brachte u. a. die Rheinische Braunkohlen-AG, die Mittelländische Stahl-AG, das Stahlwerk Henningsdorf und die Essener Steinkohlenwerke unter seine Kontrolle. Flick war ein Freund von Thyssen, war aber andererseits bemüht, auch diesem gegenüber die Oberhand zu gewinnen, indem er sich in den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Voegler, von Flotow, Carp und anderen willfährige Helfer schuf. Ausgezeichnet, für beide Teile gleichermaßen vorteilhafte Geschäfte tätigte Flick mit Göring, der ihn zum „Reichswirtschaftsführer“ ernannte und ihm, was für Flick selbstredend weit wichtiger war, mit einer großen Anleihe aus Staatsmitteln

den Erwerb der Eisengruben des Siegerlandes ermöglichte. Göring vermittelte ferner den Ankauf der Aktienmehrheit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, und Flick wurde Großaktionär und Mitglied des Vorstandes der Nobel-Dynamit-AG., wodurch er Einfluß auf die IG. Farben gewann.

Als Thyssen Ende 1939 floh, wurde Flick mit Hilfe Görings Beherrscher der Vereinigten Stahlwerke, die drei Viertel der deutschen Eisenproduktion und die Hälfte der deutschen Stahlproduktion kontrollierten. Die Besetzung von Österreich und Elsaß-Lothringen bedeuteten für Flick eine weitere Vergrößerung seines Bergwerks- und Hüttenbesitzes, auch im polnischen und tschechischen Oberschlesien und in der Ukraine und im Donezbecken sicherte er sich den Löwenanteil an der Beute. Das gesamte von Flick kontrollierte Aktienkapital belief sich auf etwa drei Milliarden Mark.

Die Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stützt sich auf die Tatsache, daß Flick und seine Komplizen für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie verantwortlich waren, die sie in einer Art ausbeuteten, die ungezählte Tote und namenlos Elend zur Folge hatte. Flick und Steinbrink gehörten außerdem seit 1933 dem Himmler nahestehenden Freundeskreis an, der die Tätigkeit der SS tatkräftig unterstützte und zu diesem Zweck der SS jährlich in die Hunderttausende gehende Beträge spendete.

„Völkerverbindende Kraft des Bieres“

Eine bewegte Debatte im bayrischen Landtag

MÜNCHEN — „Das Bier hat wesentlich zur demokratischen Gestaltung Deutschlands beigetragen“, erklärte Dr. Michael Horlacher, Präsident des bayrischen Landtages, während einer Diskussion über den Antrag zur Freigabe von Gerste zu Brauzwecken. In Anbetracht der Bedeutung dieser Frage für Bayern ergriff er als Landtagspräsident selbst das Wort und führte wörtlich aus:

„Die völkerverbindende Kraft des Biers soll man nicht beschneiden. Eine Trockenlegung Bayerns wäre eine einmalige Angelegenheit in seiner Geschichte und würde im Volke eine psychologische Stimmung erzeugen, die nicht zu ertragen wäre. Man darf dem Volk in seiner Not nicht die Grundlage des Humors nehmen. Bayern hat deshalb seinen friedlichen Ruf unter den Völkern errungen, weil sein ausgezeichnetes Bier zu einer gewissen Völkerverständnis beigetragen hat. Wenn wir wieder ein besseres Bier haben, sehen der Bauer und der Arbeiter die Welt ganz anders an,

und dann haben wir die erste Stufe zum Wiederaufbau erreicht. Wir richten daher an die Besatzungsmacht die Bitte, daß diese Seele Bayerns, ohne die wir nicht leben können, wieder eingehaucht wird, denn wir brauchen sie nicht nur für uns, sondern auch für die übrige Welt.“

Während der weiteren Diskussion wurde angeführt, daß das Brauverbot einen höheren Konsum von Milch auf dem Lande und damit eine Verminderung der Fettezuckerung nach sich ziehen würde.

Der SPD-Abgeordnete Zietsch meinte dazu, daß man eine solche Argumentation der Militärregierung nicht anbieten könne. Der Einwand von Zietsch aber wurde sofort in Frage gestellt, als ein anderer Redner sagte, daß Zietsch Absichten zu verneinen wäre und daß man seine Ausführungen von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen müsse.

Der Landtag faßte den Beschluß, bei der Militärregierung gegen das Brauverbot und für die Freigabe von Gerste für Brauzwecke vorstellig zu werden.

Ludwig van Beethoven. Zum 120. Todestag am 26. März

Anläßlich des heutigen Gedenktages veröffentlichten wir als erste deutsche Zeitung einige Ausschnitte aus der Beethoven-Broschüre unseres Musikkritikers Dr. Gertrud Weigand-Baruch, die vor zehn Jahren im Ausland deutsch und englisch geschrieben wurde und im nationalsozialistischen Deutschland verboten war.

Beethovens Stellung im Wiener Musikleben wurde das Symbol einer neuen Zeit. Der Übergang von der höflich-gesellschaftlichen zur bürgerlichen Musikkultur, der im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts begann, hatte eine Wandlung des Konzertbetriebes bewirkt. Das Kammermusikspiel, das bis zur Beethovenzeit Hausmusik gewesen war, eroberte zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Konzertpodium. Aus den Ensembles der höflichen Musiker entstanden Kammermusik-Vereinigungen, die regelmäßig öffentliche Konzerte veranstalteten. Das Zentrum solchen Kammermusiklebens wurde zunächst Wien, wo das Ignaz Schuppanzigh-Quartett im Winter 1804-1805 die ersten Abonnementsabende im Heiligenkreuzerhof, später im Saal „Zum römischen Kaiser“ gewagt hatte.

Beethoven begann auf dem Gebiet der gesellschaftlich bedingten Kammermusik, indem er Variationen für Klaviertrio und Werke für verschiedene Blasinstrumente komponierte. Über das Klaviertrio führte der Weg allmählich zur Violin- oder Cello-Sonate, vom Streichtrio über das Quintett zum Streichquartett. Die Sonate behielt ihre Vermittlungsrolle, während die Bläsermusik verschwand, als die ersten Streichquartette entstanden. Nach der Hornsonate op. 17 und dem Septett op. 20 wurden Blasinstrumente nur noch in Orchesterwerken verwendet.

Trotz einigen Werken für Klavier und Streicher war die Zentralstellung des Streichquartetts schon seit dem Lobkowitz-Opus 18 deutlich erkennbar. Sämtliche Werkgruppen, die Träger der Beethovenschen Entwicklung wurden, traten in ein gegenseitiges Verhältnis. Das Klavier wurde das Instrument, auf dem Beethoven experimentierte und neue Ausdrucksgebiete wagte und vorbereitete. Die Entdeckungen der Klaviertrios und der Streichquartette, die die Beethovenschen Symphonien, die Mittelpunkt der einzelnen Entwicklungsstufen wurden. Das Streichquartett aber, das nach seiner klanglichen Struktur eigentlich zwischen Sonate und Sinfonie hätte stehen müssen, erhob sich über beide Gattungen. Es wurde Höhepunkt und Synthese der Lebensperioden.

Von den deutschen Pianisten, die auf den reinen Klang der Beethovenschen Musik hören, hat Walter Gieseking in dank seiner manuellen Präzision einzigartige Leistungen vollbracht. Die Interpretation des Es-dur-Klavierkonzerts, das Gieseking im Sinfoniekonzert des Großen Orchesters des Südwestfunks spielte,

musik des 18. Jahrhunderts bis zu den Kühnheiten der Romantik. Ihre Sonderstellung wird auch durch Beethovens Skizzenbücher bestätigt, in denen vor dem Opus 18 keine Versuche zur Quartett-Komposition zu finden sind. Zwischen dieser Lobkowitz-Serie und den Rasumowsky-Quartetten op. 5 lagen fünf Jahre, in denen noch einmal verschiedenartige Kammermusikwerke geschrieben wurden. Sie bedeuteten aber kein Bekenntnis zu der Form des vorhergehenden Jahrhunderts, sondern Befreiung von jenen älteren Gattungen, um das Streichquartett endgültig in den Mittelpunkt der kammermusikalischen Arbeit zu stellen.

Nikolaus Zmeskall von Domanowetz galt als guter Cellist und treuer Freund Beethovens, der den Musiker in den Morgenkonzerten des Fürsten Carl Lichnowsky kennengelernt hatte. Als Angestellter der ungarischen Abteilung der k. k. Hofkanzlei verteidigte Zmeskall über Beziehungen zu Wiener Musik- und Gesellschaftskreisen, die Beethoven in der fremden Stadt überaus nützlich waren. Die Briefe und kleinen Nachrichten zettel an Zmeskall enthalten nicht nur wichtige Bemerkungen über Werke und ihre Auf-

Triumph für Gieseking.

Die Bemühungen der Musikwissenschaft um eine richtige Aufführungspraxis und der Stilwandel zur modernen Musik haben zwangsläufig unser Verhältnis zu den Werken früherer Epochen grundlegend geändert. Befreit vom Ballast der Legenden und Phantasien ist auch ein neues Beethoven-Bild entstanden, das mit den verschiedenen Auslegungen der letzten hundert Jahre nichts mehr zu tun hat. Was Beethoven für den heutigen Musiker bedeutet, hat Igor Strawinsky mit einem einzigen Satz treffend charakterisiert: Beethovens Musik ist groß, weil sie so herrlich klingt, aber nicht um ihres gedachten Inhalts willen.

Von den deutschen Pianisten, die auf den reinen Klang der Beethovenschen Musik hören, hat Walter Gieseking in dank seiner manuellen Präzision einzigartige Leistungen vollbracht. Die Interpretation des Es-dur-Klavierkonzerts, das Gieseking im Sinfoniekonzert des Großen Orchesters des Südwestfunks spielte,

Glashütte Achern GmbH

Von 3 Gläsern hat die Fabrik einen in Betrieb und stellt mit 150 Kräften täglich 26 000 bis 28 000 Flaschen (Wein-, Bier-, Wasser- und Schaumweinflaschen) her, davon einen kleinen Teil für die deutsche Bevölkerung. Ausfuhr nur gering, Bezug von Schmelzstoffen ist schwierig.

Badische Sauerstoff KG. Schöbel & Co. Rastatt
Das Werk hat mit der monatlichen Erzeugung von 25 000 cbm Sauerstoff ein Drittel der Friedensproduktion erreicht. Es beliefert eisenerzeugende Betriebe, Schlossereien, Eisenbahnwerkstätten, sowie Krankenhäuser in Südbaden und US-Zone. Gegenwärtig werden 30 Leute beschäftigt.

Südbadens Ausfuhr-Schau

Auch Sonderschau für Fremdenverkehr

BADEN-BADEN — Nunnmehr wird auch Südbaden seine Ausfuhr-Ausstellung erhalten, die ein Bild geben soll von der Ausfuhrkapazität unserer südbadischen Wirtschaft. Diese Ausfuhrschau mit dem abgekürzten Namen „BIGA“ (Badische Industrie-Handwerks- und Gewerbe-Ausstellung) wird am 1. Mai in Freiburg eröffnet werden und mehrere Wochen dauern. Die Industriebetriebe Südbadens, das Handwerk und Ausfuhrhilfsbetriebe werden die Ausstellung besichtigen. Sie richtet sich nicht nur an das Ausland, sondern auch an die anderen Zonen. Neben der reich gegliederten Ausfuhrindustrie des Landes werden das Handwerk mit einer Gemeinschaftsausstellung, das Kunstwerk und das Kunstgewerbe mit einer Sonderschau vertreten sein. Besonderen Wert legt man auf eine weitere Sonderschau, welche dem Devisen bringenden Fremdenverkehr gewidmet sein wird. Die Werbefachleute, die sich dieser Tage zu einer Berufsvereinigung zusammenschlossen, werden Musterbeispiele guter Ausfuhrwerbung zeigen. Ausfuhrzeitschriften, das Versicherungsgewerbe und das Transportwesen werden ebenfalls ihre Leistungen vorführen.

Die französische Militärregierung hat dankenswerter Weise den Besuch der Ausstellung aus Frankreich und aus der Schweiz ermöglicht, ebengo ist der Besuch aus der französischen Nordzone und den anderen deutschen Zonen vorgesehen. Während der Dauer der Ausstellung werden zahlreiche Fachvereinigungen und Fachverbände Tagungen und Jahresversammlungen abhalten. Ein Ausstellungspostamt wird einen Sonderpoststempel erteilen. Ein umfangreicher Ausstellungskatalog erscheint in zwei Ausgaben, einer deutschen und einer französischen.

Die „BIGA“ soll nach Umfang, Leistungen und der Form ihres architektonischen Aufbaus eine der bedeutendsten Ausstellungen der Nachkriegszeit werden. Als Ausstellungsgebäude dienen die Rotteck-Oberrealschule sowie einige andere Gebäude. Veranstalter der Ausfuhr-Schau ist das Badische Wirtschaftsministerium. Leitung und Durchführung der Schau obliegen dem „Haus für Wiederaufbau und Wirtschaftswerbung“ in Freiburg (Kaiser-Josef-Straße 254, Fernruf 2671 bis 73).

Für Sozialisierung der Saarindustrie

w. SAARBRÜCKEN — Auf einer Konferenz der Sozialdemokratischen Partei fordert die SP die sofortige Überführung folgender Unternehmen in den Besitz der Gesellschaft: Kohlengruben, Hüttenwerke, sonstige Betriebe der Schwerindustrie, Verkehrsunternehmen, Banken und andere Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Versorgungsbetriebe und alle Unternehmen, die Kriegsverbrechen oder Nazi-Aktivitäten gehören. In die neue Verfassung des Saargebietes soll ein Sozialisierungsartikel aufgenommen und es soll außerdem eine Volksbefragung über die Sozialisierung abgehalten werden.

Eine starke Abordnung der kommunistischen Partei, die am Kongreß teilnahm, schloß sich diesen Forderungen begeistert an. Die Anregung findet auch die volle Unterstützung der saarländischen Einheitsgewerkschaft.

Wirtschaft in Kürze

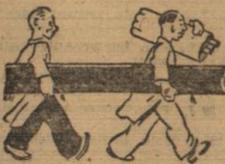
Wieder Ellgut-Verkehr auf dem Rhein
Der regelmäßige Bootdienst zur Beförderung von Ellgut auf dem Rhein, Main und Neckar wurde von der Rheus GMBH in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Schiffe verkehren auf dem Rhein von Duisburg bis Karlsruhe, auf dem Main bis Würzburg und auf dem Neckar bis Heilbronn.

Überhöhter Holz einschlag
w. In der US-Zone war im letzten Jahr der Holzeinschlag doppelt so hoch als zulässig, in Württemberg-Baden sogar vier Mal größer als in normalen Zeiten. Er betrug in Württemberg-Baden 3,7 Mill. Festmeter, wovon 1,5 Mill. als Brennholz verbraucht wurden. Diese Brennholzmenge hat nur den Heizwert von 200 000 t Kohle!

Verlagerung von Betrieben
w. Im Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes für Nord-Baden wird betont, daß eine Verlagerung solcher Betriebe zu begrüßen sei, die geringe Rohstofftransporte haben, wie die Fabrikation von elektrischen Kleingeräten. Es sei volkswirtschaftlich besser, der Arbeitskraft nachzufahren, als die Arbeiter umzusiedeln.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung Dr. H. F. Geiler.
Anzeigenleit.: Anni Garling — Bühler Geschäftsstelle: Hauptstr. 80. Acherner Geschäftsstelle: Hauptstr. 113.

Verbesserungen — so oder so



Mit Freude vernehmen B.-Badens Bürger, daß die Brennholzversorgung zukünftig besser als bisher vorzustehen gehen soll.

Die ersten öffentlichen Stadtratsitzungen, in welcher der Haushaltsplan 1947 verabschiedet wurde, bemerkten, hielt der städtische Kämmerer-Direktor Heinrich ein Referat über die Finanzpolitik Baden-Badens.

Wir gratulieren — Am Dienstag, den 25. 3. feierte Josef Ritter, Baden-Balg, Hauptstr. 51, seinen 70. Geburtstag.

Rentenzahlung. Beim Hauptpostamt werden am 29. März die Renten vom Kriegsversicherten-Fürsorgeamt Freiburg (Breisgau), für März 1947, am 1. April die Invalidenrenten und am 2. April die Unfall- und Angestelltenrenten für April 47 gezahlt.

Albert Herzog — heute ein Achtziger

Der Journalist steht vor dem kleinen blanken Türschild in der Yburgstraße, das die Aufschrift HERZOG trägt.

Wieviel persönliche Kraft und Innere Stärke geht von dem kleinen alten Herrn aus, sitzt man ihm im Gespräch gegenüber.

„Es war damals, als ich als kaufmännischer Lehrling am Webstuhl in Wuppertal saß und nur Zahlen — die Nummern der Farben — auswendig lernte, und mit der Mathematik konnte ich mich doch nie recht befreunden!“

„Es dauerte auch nicht lange, dann veröffentlichte ich mein erstes Gedichtsbüchlein. Ich ging fort von zu Hause und hielt Vorträge. Ja, ja, Vorträge mit 20 Jahren und denken Sie, ich verdiente nicht schlecht!“

Als der bekannte Verlag Girardet die Errichtung eines Generalanzeigers plante, wurde Albert Herzog dort als Chefredakteur eingestellt.

Albert Herzog möge mir die „herausgerutschten“ Worte verzeihen, aber sie werfen ein neues kleines Licht auf sein ausgeprägtes dichterisches Einfühlungsvermögen, das uns aus seinen Schriften immer wieder entgegenkommt.

Nun will der Dichter seine lange begonnenen Lebenserinnerungen fertig schreiben. „Sie müssen wissen, daß ich noch viel arbeiten will.“

Diesem Wunsch Albert Herzogs möchten wir uns zu seinem 80. Geburtstag von Herzen anschließen.

Helga Schneemann.

Akkordeonklänge im Kurhausaal

Für die meisten Zuhörer im Großen Bühnensaal des Kurhauses war der Name Schittenhelm nichts Unbekanntes, wohl aber sein Akkordeonorchester. In dieser Form und mit einer solchen Fülle von Darbietungen war das Orchester in seiner Gesamtheit wie geschaffen, neue Freunde für das Akkordeon zu werben.

Immerhin überzeugte Hermann Schittenhelm uns mehr mit seinen Solis, bei denen vor allem seine meisterhafte Technik im Vordergrund stand.

Zwei Jahrzehnte Baden-Badener Finanzpolitik

Eine aufschlußreiche kommunalwirtschaftliche Betrachtung des städt. Kämmerer-Direktors

Wie wir in unserem ausführlichen Bericht über die erste öffentliche Stadtratsitzung, in welcher der Haushaltsplan 1947 verabschiedet wurde, bemerkten, hielt der städtische Kämmerer-Direktor Heinrich ein Referat über die Finanzpolitik Baden-Badens.

Es soll hier nicht nur ein Bild über die heutige Lage unserer Gemeinde finanzieren vermittelt, sondern auch in großen Zügen gezeigt werden, wie es zu der heutigen Lage gekommen ist.

Es lagen damals die Kriegs- und die sich anschließende Inflationsjahre hinter uns, 10 Jahre lang hatte jedes ins Gewicht fallende bauliche Tätigkeitsruhen müssen.

Politische Säuberung und Versorgungsfragen im Vordergrund

Aufschlußreiche Referate bei der Jahrestagung der Demokratischen Partei Baden-Baden

Die Jahres-Hauptversammlung der Demokratischen Partei Baden-Baden, die am 1. März stattfanden sollte, konnte infolge Stoffandranges nicht zu Ende geführt werden.

Zu seinem Referat betonte der 1. Beigeordnete Kötter wie auch Bankdirektor Siegl, daß jeder einzelne der Demokratischen Abgeordneten stets bemüht gewesen sei, die Not der schwergeprüften Bevölkerung zu lindern.

Beigeordneter Kötter sprach dann über die Ernährungsfrage und berichtete, daß die Normalverbraucher im Jahre 1946 rund 1000 Kalorien pro Tag bekommen haben.

Stadtrat Max Siegl erstattete sodann den Jahresbericht über Einnahmen und Ausgaben, an den sich der Bericht von Postrat Kruse über die Prüfung der Kasse und Rechnungsführung schloß.

Auf das Thema „Politische Säuberung“ eingehend, gab dann der Redner eine Stellungnahme der Demokratischen Partei bekannt.

„Vermittlungsdienst“ — ein einträgliches Geschäft

3 RM je „Vermittlungsauftrag“ und dann Stillschweigen

„Geld liegt auf der Straße — man muß nur verstehen, es aufzuheben!“

Das ist eine alte Binsenwahrheit, die in Notzeiten ihre besondere Aktualität erlangt.

Aber so mancher pfiffige Zeitgenosse glaubt, sich auf eine ähnliche Weise wie die Besitzer der Tauschgeschäftspläne Bargeldeinnahmen beschaffen zu können.

Ich danke Ihnen für den mir erteilten Auftrag und für das mir und meinem Vertreter erwiesene Vertrauen.

Die öffentlichen Haushalte der Gemeinden waren damals recht besengt. Man war froh, wenn man die laufenden Ausgaben decken konnte.

Es gab damals nur zwei Wege: Entweder man unterließ jede größere Betätigung ungeachtet des Schadens und des Nachteils für die Einwohnerschaft, oder man beschränkte den Anleiheweg.

Am 1. 1. 1930 schied Oberbürgermeister Fleser aus dem Amt. In jenem Zeitpunkt war eine Anleihe-schuld vorhanden in Höhe von 16,9 Mill. RM.

Nun ergeben seit Monaten die Urteile und die Ausschusmitglieder stellen mit Erstaunen fest, daß man in Freiburg in den meisten Fällen die Vorschläge in keiner Weise beachtet.

Die bisherige Vorstand wurde belächelt unter Hinweis auf Fr. Doris Oberst.

Sobald sich nun ein Auftrag vermitteln läßt, geht dem Auftraggeber sofort eine Interessen-Anschrift zu, die er wird mir benachrichtigt, an wen er sich zwecks Geschäftsabschluß zu wenden hat.

Die Bearbeitungs-dauer beläuft sich je Auftrag für die Dauer von 30 Tagen.

Sorgfältige Bearbeitung eines jeden Auftrages ist mein Geschäftsprinzip.

Die Bearbeitungs-dauer beläuft sich je Auftrag für die Dauer von 30 Tagen.

Sorgfältige Bearbeitung eines jeden Auftrages ist mein Geschäftsprinzip.

Die Bearbeitungs-dauer beläuft sich je Auftrag für die Dauer von 30 Tagen.

Sorgfältige Bearbeitung eines jeden Auftrages ist mein Geschäftsprinzip.

Merkwürdig! ... so viele „Vermittlungs-Auftraggeber“ haben seit der Hergabe der drei Mark nichts mehr gehört.

Kredite der Inflationszeit 1,3 und auf die Aufwertung von Vorkriegsanleihen 0,6 Mill., sodaß für öffentliche Bauten der Stadt einschließlich der Betriebswerke bis 1930 8 1/2 Mill. RM Anleihenmittel ausgegeben worden sind.

Der Haushalt der Stadt war bis 1929 immer ausgeglichen und in bester Ordnung.

So kommen wir zu folgender Zerlegung: Schuld der Stadtkasse 8,9 Mill. RM, der Stadtwerte 4,7 Mill. RM, der Wohnungsbaukasse 6,1 Mill. RM.

Immerhin, die Lage war 1934 fast entmutigend. Die jahrelangen Haushaltsfehltöpfe hatten zu immer größer werdenden Zahlungsverzögerungen geführt.

Das Übel mußte an der Wurzel angefaßt werden: An der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Immerhin, die Lage war 1934 fast entmutigend. Die jahrelangen Haushaltsfehltöpfe hatten zu immer größer werdenden Zahlungsverzögerungen geführt.

Wähler

Wahlergebnisse der Volksstimmzettel durch Einsichtnahme in die Wählerliste, die bis zum Sonntag, den 30. 3. Mts. einschließlich aufliegt (Rathaus Zimmer Nr. 54).

deutung der uns aber war die Konzes-sionierung des Spiels. Dadurch wurde die Stadt nicht nur von den Kurverwaltungs-lasten befreit, sondern auch die Bäder- und Kurverwaltung leistete als Abgeltung für die Befreiung der Gesellschaft.

In dem Maße, in dem der Konsolidierungsprozeß voranschritt, trugen wir Sorge, die Stadtschuld laufend zu erhöhen.

Im Laufe der Rechnungsjahre 1945 fielen die Steuereinnahmen auf 45,4 % des Vorjahresjahrs zurück.

Im Erfolgsplan der Stadtwerke finden Sie ein sprunghaftes Ansteigen der Betriebseinnahmen.

Unsere Finanzen sind bis heute in bester Ordnung, besser, als wir es uns noch vor wenigen Jahren denken konnten.

Nach Neuordnung unserer Finanzverhältnisse wird die schwerste uns liegende Aufgabe zu lösen sein, was zur Beseitigung der Schuldenlast und Stärkung der Rücklagebildung getan werden konnte, um diese Aufgabe zu erleichtern, ist getan worden.

